

INFORMATIONEN

Aquinostraße 7 – 11 • 50670 Köln • Telefon 0221 97269 -20 • Fax 0221 97269 -31
 info@grundrechtekomitee.de • www.grundrechtekomitee.de

Dresdener Vorgänge rund um die Demonstrationen vom Februar 2011 erfordern bundesweite Aufmerksamkeit

■ Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat sich entschlossen, die vielfältigen staatlichen Verstöße gegen Grundrechte der Bürger und Bürgerinnen, die im Vorfeld, während und nach den Demonstrationen in Dresden Anfang Februar 2011 stattgefunden haben, zum Thema zu machen.

Die Gegendemonstrationen und Sitzblockaden, die sich gegen die Instrumentalisierung der Bombardierung Dresdens durch die Nazis richteten, wurden von Politik und Polizei von vorneherein kriminalisiert und mit Verbotsauflagen belegt. Mit Wasserwerfern, Gaskartuschen und Schlagstöcken wurde gegen Demonstrierende vorgegangen. Am 19. Februar wie auch danach fanden mehrfach Hausdurchsuchungen statt, von denen auch Bürger und Bürgerinnen in anderen Bundesländern betroffen waren. Im Vorfeld waren Verfahren nach §129 StGB (Bildung krimineller Vereinigung) eingeleitet worden. Das Ausmaß der Funkzellenabfragen und der Einsatz der IMSI-Catcher wurden erst im Verlauf dieses Sommers bekannt.

Am Sonntag, 9. Oktober 2011, hat sich die „Untersuchungskommission 19. Februar“ in Dresden konstituiert. Bürgerrechtler, Rechtsanwälte, Vertreter und Vertreterinnen aus diversen Aktionszusammenhängen und aus Parlamenten werden die Aufarbeitung der Fakten und ihre grund-



Wasserwerfereinsatz beim Protest in Heiligendamm © Kai Horstmann

rechtliche Bewertung angehen. Das Grundrechtekomitee nimmt gerne Hinweise auf zu beachtende Materialien oder Zusammenhänge auf.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie nimmt diese Arbeit vor dem Hintergrund seiner über dreißigjährigen Erfahrung von Demonstrationsbeobachtungen auf. Die Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit gilt es um der Demokratie willen immer wieder neu zu verteidigen.

◆ *Corinna Genschel,
 Wolf-Dieter Narr,
 Elke Steven*

**Spendenkonto
 Komitee für
 Grundrechte und
 Demokratie
 Volksbank Odenwald
 Konto 8 024 618
 BLZ 508 635 13**



Protest gegen G8-Gipfel in Heiligendamm © Kai Horstmann

Der Streit ums Demorecht beginnt auf der Straße

■ Die diesjährige Jahrestagung fand wiederum in Berlin, vom 23. bis 25. September, statt. Die Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit, die uns von Beginn an und in vielen Aktionen immer wieder beschäftigt haben, hatten wir zum Thema gemacht.

Die eingeladenen Referenten und Referentinnen – im Plenum Martin Kutscha, Angelika Lex, Martin Beck und Wolf-Dieter Narr – sorgten mit ihren informativen Vorträgen für angeregte Diskussionen. Michael Backmund konnte leider nicht zur Tagung kommen, da die Delegation nach Kurdistan, an der er teilnahm, länger als vorgesehen dauerte und zu einer polizeilichen Befragung von Delegationsmitgliedern führte. Martin Beck konnte erfreulicherweise kurzfristig einspringen.

In den Arbeitsgruppen fanden anregende Diskussionen darüber statt, wie diese Rechte, wie der „Druck der Straße“ zu stärken ist, wie sehr es einer fundamentalen Kritik der repräsentativen Demokratie bis hin zu den repressiven polizeilichen Strategien bedarf. Die ReferentInnen Peer Stolle, Ulrike Imhof, Matthias Monroy, Ulrike Donat und Karen Ullman sorgten für die informative Grundlage.

Eine Demokratisierung dieser Gesellschaft ist nicht ohne eine Stärkung der Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit möglich. Deshalb werden wir an diesen Themen dran bleiben und die Anregungen und entstandenen Ideen weiterverfolgen. Einige der Ideen seien hier kurz zusammengefasst:

- Um den Flickenteppich der föderalen Versammlungsgesetze besser durchschaubar zu machen, wollen wir einen Vergleich der unterschiedlichen Regelungen und ihrer Bedeutung für das Versammlungsrecht erstellen.

- Eine Handreichung für Demo-

Anmelder mit Hinweisen auf zu beachtende Themen (z.B. auch Öffentlichkeitsarbeit, Nachbereitung), Fragestellungen, Gesetze, Umgang mit der Polizei wäre hilfreich.

- Die gegenwärtigen Rechtshilfefonds unterstützen in erster Linie diejenigen, die sich im Kontext von Versammlungen gegen Strafanzeigen zur Wehr setzen müssen. Das ist gut und richtig. Aber an vielen Stellen sind Widersprüche gegen Versammlungsaufgaben, Klagen gegen polizeiliche Beschränkungen, ist die Unterstützung von gezielten Klagen gegen polizeiliche Handlungsweisen ebenfalls um der Grundrechte willen notwendig und lässt uns ein wenig als Agierende statt Reagierende handeln. Müsste es nicht auch einen Rechtshilfefonds zum Versammlungs- und Polizeirecht geben, und wie wäre dieser sinnvoll aufzubauen?

- Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist fast seit dem Bestand der Bundesrepublik ein heftig umstrittenes. Den Versuchen, dieses einzuschränken, sind immer wieder neue Formen und Konzepte, das Grundrecht ausgedehnt wahrzunehmen, entgegengesetzt worden. Diese Ideen gilt es zusammenzutragen und öffentlich zu machen.

- Die europäische Perspektive müssten wir um vieles genauer in den Blick nehmen. Dieses Grundrecht wird in den verschiedenen europäischen Ländern im Rahmen ganz unterschiedlicher Traditionen wahrgenommen. Die polizeiliche Arbeit wird längst europäisch koordiniert, um Proteste weitgehend zu verhindern. Dem müssen wir koordiniert und informiert entgegentreten.

„Neues Deutschland“ berichtete unter dem Thema „Gegängelt Grundrecht“ über die Jahrestagung. Der Artikel kann auch auf unserer Homepage eingesehen werden: <http://www.grundrechtekomitee.de/node/429>

◆ Elke Steven

Herzliche Glückwünsche!

50 Jahre alt wird die Humanistische Union (humanistische-union.de), mit der unser Komitee seit Jahren in Grund- und Menschenrechtsfragen zusammenarbeitet.

Den 30. Gründungstag hat die IPPNW (Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges; ippnw.de) vor Kurzem gefeiert, mit der wir eng in der Friedensbewegung kooperieren.

Auch die Peace Brigades International (pbi-deutschland.de) sind 30 Jahre alt geworden! Die Brigaden schützen in Krisen- und Kriegsgebieten gefährdete Personen. Auch ihnen sind wir über die Friedensbewegung und internationale Friedensarbeit verbunden!

Allen drei Organisationen gratulieren wir herzlich zu deren langjährigem Bestehen und wünschen viel Erfolg und Ausdauer beim Einsatz für Frieden und Menschenrechte auf ihrem weiteren Weg!

Dokumentation: Der Kampf um Menschenrechte

■ Vom 24. bis 26. September letzten Jahres hatte das Komitee für Grundrechte und Demokratie – auch anlässlich seines 30-jährigen Bestehens – zur Jahrestagung nach Berlin eingeladen.

Der Tagungstitel lautete: Der Kampf um Menschenrechte im Zeitalter kapitalistisch entfesselter Globalisierung – seine Ambivalen-

zen, Grenzen und Perspektiven. Die Dokumentation dieser Jahrestagung ist inzwischen erstellt und kann von der Homepage des Grundrechtekomitees heruntergeladen werden. (<http://www.grundrechtekomitee.de/node/422>) Auf Wunsch senden wir Ihnen gerne eine Kopie der Dokumentation zu.

◆ *Dirk Vogelskamp*

Ein Gutachter im Dienst gerichtlicher Geschehensrekonstruktion

■ Am 22. September besuchten wir wieder mal die Verhandlung am Magdeburger Landgericht zum Strafprozess um den Tod Oury Jallohs im Polizeigewahrsam. Nach strenger Sicherheitskontrolle im Foyer wird zusätzlich von allen Besuchern eine Kopie ihrer Ausweisdokumente an der Eingangstür zum Gerichtssaal angefertigt. Heute wird das Gutachten des Brandoberrates K. Steinbach vom Institut der Feuerwehr Sachsen-Anhalts Gegenstand gerichtlicher Wahrheitsfindung sein.

Es geht um die Frage, wie viel Zeit den Polizeibeamten zwischen Auslösen des Alarms und den möglichen Rettungsversuchen blieb. Bei allen Brandexperimenten, die als Videoaufzeichnungen vorgeführt wurden, wurde vorausgesetzt, Oury Jalloh selbst müsse die schwer entflammbare Matratze an einer schadhafte Naht entzündet haben.

Mehrere Versuche, die Matratze zu entzünden, schlugen fehl. Sie zeigten deutlich, wie schwer die Matratzenfüllung zu entzünden ist. Dazu musste die Matratzenhülle, die den Schaumstoff einschlägt, weit ab-

gezogen, so gehalten und dann entzündet werden. Die Brandmeister des Instituts hebeln die Umhüllung stehend von der Matratze. Also mit größerer Krafteinwirkungsmöglichkeit als es einem liegenden Menschen möglich ist. In einer Bildeinstellung sind dazu zwei Hände eines Mitarbeiters des wissenschaftlichen Instituts nötig. Ein anderes Mal pustet der Brandoberrat sanft in die Flamme. Oury Jalloh aber war bekanntlich an beiden Händen fixiert!

Entgegen der augenscheinlichen Wahrnehmung sollen die Brandexperimente die Selbstanzündungshypothese „wissenschaftlich“ bestätigen. Dabei werfen sie mehr Fragen auf, als zu beantworten sie in der Lage sind.

Frei mit Bert Brecht: So sehen wir betroffen, den Vorhang zu und alle Fragen offen. Wir werden das Verfahren weiter beobachten.

◆ *Dirk Vogelskamp*

PS: Ein ausführlicher Bericht ist auf der Homepage nachzulesen (<http://www.grundrechtekomitee.de/node/430>) und kann als Ausdruck im Sekretariat angefordert werden.

In eigener Sache

- Herzlichen Dank allen Sponsors und -spenderinnen! Die Spenden sind eine große Hilfe, auch wenn sie nicht alle Löcher stopfen und wir uns Ende des Jahres wieder an Sie wenden werden.
- Großer Dank allen, die für Inhaftierte Kofferreiseschreibmaschinen gespendet haben. Ein paar größere Bestände wurden uns aus Auflösungen angeboten, so dass wir vorerst genügend funktionstüchtige und faszinierende, beinahe museumsreife mechanische Schreibmaschinen haben und schon viele weiterleiten konnten. Das technisch scheinbar hoffnungslos Überkommene ist manchem Gefangenen immer noch eine große Hilfe.
- „Folgen“ kann man dem Komitee nicht nur mit diesem Infobrief, sondern auch auf anderen, schnelleren Wegen. Wer uns seine Email-Adresse schickt, kann in den Email-Verteiler aufgenommen werden, über den wir hin und wieder aktuelle Infos verschicken. Und auf facebook kann man ebenfalls Infos erhalten und anderen weiterleiten. Selbstverständlich löschen wir Email-Adressen auf Wunsch sofort. Und ebenso selbstverständlich sind auf facebook nur allgemeine politische Infos einzusehen, keine Personendaten.
- Von Andreas Buro ist das Buch „Gewaltlos gegen Krieg, Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten“ im Verlag Brandes & Apsel gerade erschienen. Im nächsten Infobrief werden wir dies besprechen. Gerne kann es schon jetzt bestellt werden (24,90 Euro).

◆ *Martin Singe,
Elke Steven,
Dirk Vogelskamp*

Rente für Gefangene!

■ Über 4.000 Personen haben die Petition des Grundrechtekomitees unterzeichnet!

Im Juli 2011 haben wir in Berlin im Rahmen einer Pressekonferenz die ersten 1.598 Unterschriften öffentlich übergeben (siehe Foto). Matthias W. Birkwald (MdB, Die Linke) nahm die Unterschriften für den Petitionsausschuss entgegen. Des weiteren war Benedikt Lux vom Berliner Abgeordnetenhaus für Bündnis 90/Die Grünen präsent. Beide versprachen, das Anliegen auch gesetzgeberisch unterstützen zu wollen. Nach einer Einführung von Martin Singe für das initiiierende Grundrechtekomitee sprachen Prof. Dr. Johannes Feest vom Strafvollzugsarchiv und Sven Lüders von der Humanistischen Union für die unterstützenden Gruppen. Mitte September haben wir erneut Unterschriften an den Petitionsausschuss geleitet. Bis heute wird die Petition von weit über 4.000 Personen, darunter rund 2.500 betroffenen Strafgefangenen aus über 30 Gefängnis-

sen, unterstützt. Auf Zwischenanfragen reagieren Bundesregierung sowie Arbeits- und Justizministerium bislang ausweichend und nichtssagend. Damit das nicht so bleibt, sammeln wir weiter Unterzeichnungen für die Petition und versuchen, das Anliegen auch über verschiedene politische Kanäle zu verstärken. In einer Presseerklärung von September 2011 forderten wir die Einbeziehung des Themas in den neu gestarteten sogenannten „Regierungsdialog Rente“. Zwischenzeitlich berichteten u.a. folgende Zeitungen über unsere Petition: die tageszeitung, Neues Deutschland, junge welt, Betrifft Justiz. Unterstützen Sie unser Anliegen auch, indem



Übergabe der Petition: v.l.n.r.: Johannes Feest, Benedikt Lux, Matthias W. Birkwald, Martin Singe, Sven Lüders; Foto: © W. Koep-Kerstin

Sie Bundestagsabgeordnete vor Ort zu dem Thema ansprechen oder anschreiben. Schicken Sie uns Informationen über Reaktionen!

◆ *Martin Singe*

Ihre Daten sind sicher!

■ **Dass die Gesundheitsdaten mit der elektronischen Gesundheitskarte sicher gespeichert sind, wollen IT-Industrie, Gesundheitsminister und leider auch Datenschützer uns immer wieder einreden. Dass die IT-Industrie uns das glauben machen will, ist unmittelbar einsichtig. Dieses Millionengeschäft will sie sich nicht entgehen lassen.**

Die wechselnden Gesundheitsminister haben ein Interesse an Kontrolle über die Kosten im Gesundheitssystem und über das Verhalten von Ärzten und Patienten. Und die Datenschützer? Sie begrenzen ihren

Blick auf die technischen Systeme und freuen sich über den Einfluss, den sie auf die Ausgestaltung des technischen Systems genommen haben. Fragen nach der Umgestaltung des Gesundheitssystems stellen sie nicht, auch wenn solches Scheuklappen denken gefährlich ist. Fast noch schlimmer ist, dass sie die Grenzen von „Sicherheit“ in einer sich ständig weiter entwickelnden Umgebung völlig außer acht lassen. Dass AKWs sicher sind, hat man uns ja auch jahrzehntelang erzählt. Und die Datenlecks, die rechtswidrigen Datensammlungen, die gehackten Zugänge zu „sicheren“ Datenbanken sind ungezählt.

Erfreulicherweise haben die großen überregionalen Zeitungen –

Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) und Süddeutsche Zeitung (SZ) – in ihren Kommentaren diese Gefahren sehr deutlich benannt. In der FAZ wurden die unterschiedlichen Interessen am deutlichsten: im Wirtschaftsteil ein positiver Bericht zur eGK, im Feuilleton ein Verriss. Die SZ schrieb: „Die Heilkunde wird nach und nach den Fertigungsprozessen der Industrie angepasst.“ Diese kritischen Stimmen sind auch auf unsere beharrliche Kritik zurückzuführen.

Der Widerstand bleibt weiterhin dringend notwendig - kein Foto für die eGK!

◆ *Elke Steven*